



US-Militärmaschinen auf dem Frankfurter Flughafen

B. BOSTELMANN / ARGUM

LUFTVERKEHR

Kriegsbedingte Verluste

Der Frankfurter Flughafen ist vom Krieg in Jugoslawien besonders betroffen. „Frankfurt“, empörte sich Lufthansa-Chef Jürgen Weber vor Fluggästen, sei „zum Militärflughafen verkommen“. Die täglichen Verluste der Kranich-Linie durch kriegsbedingte Verspätungen und Umleitungen beliefen sich auf etwa zehn Millionen Mark. Grund: Ausgerechnet über Frankfurt, dem nach London-Heathrow verkehrsreichsten Flughafen Europas, wickelt das US-Militär viele seiner Versorgungsflüge ab. Täglich starten und landen Dutzende Tankflugzeuge, welche die Nato-Kampffjets auf dem Weg zu ihren Zielen in Belgrad oder im Kosovo versorgen. Zum Leidwesen der von Frankfurt aus operierenden Fluggesellschaften lassen sich die Tank-

flüge kaum auf weniger belastete deutsche Flughäfen umleiten, da in Frankfurt eine der großen „Zapfstellen“ der Nato-Pipeline für Treibstoffe und Flugbenzin liegt. Verschärft werden die logistischen Probleme des Rhein-Main-Flughafens noch dadurch, daß eine der beiden Start- und Landebahnen derzeit technisch umgerüstet wird. Auf der dritten Frankfurter Bahn, der „Startbahn West“, darf aufgrund politischer Auflagen nur Start-, aber kein Landeverkehr abgewickelt werden.

Der Krieg verhagelt zudem den Customer-Service-Index der Lufthansa. Das interne Kundenzufriedenheits-Barometer zeigt steil nach unten. Bereits im Februar hatte es den niedrigsten Wert seit fünf Jahren gegeben. Hauptursache für den Kundenfrust: Auf den Kurzstrecken waren im Februar nur rund 70 Prozent aller Flüge pünktlich, im Langstreckenverkehr nicht mal mehr zwei Drittel. Der Luftkrieg gegen Jugoslawien, so ein Eurocontrol-Mitarbeiter, drücke inzwischen „erheblich auf die knappen Ressourcen im europäischen Luftraum“.

BUNDESKANZLERAMT

Teures Gegengeschäft

Alt Bundeskanzler Helmut Kohl darf sein Abgeordnetenbüro mit zwei neuen B-6-Stellen (je 12 969 Mark Grundgehalt) ausstatten. Diese Regelung hat er seinem Nachfolger Gerhard Schröder abgetrotzt. Der Deal fiel bei den Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche auf. Die Grünen-Haushaltsexpertin Antje Hermenau protestierte („eine Unverschämtheit“) und bat um einen Termin bei Kanzleramtschef Bodo Hombach (SPD). Im Beisein von Hermenau holte der sich in einem Telefonat mit Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch („Pfeif die Kollegin mal zurück“) die Zustimmung für die Zuwendung ein. Hombachs Begründung: Kohl solle auf dem Balkan eine Vermitt-

lerrolle übernehmen. Der wirkliche Hintergrund der teuren Operation ist indes ein anderer: Kohl hatte zugesichert, im Gegenzug mehrere hochrangige Mitarbeiter mit CDU-Parteibuch, die immer noch im Kanzleramt beschäftigt sind und dort „den Betrieb blockieren“ (Hombach), mit anderen Posten, etwa bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, zu versorgen.



Kohl in seinem Abgeordnetenbüro

M. EBNER / MELDE PRESS

EU-KOMMISSION

Verheugen nach Brüssel

In der Bundesregierung ist die Entscheidung für Günter Verheugen (SPD) als neuen EU-Kommissar in Brüssel gefallen. Favorit für die Nachfolge des Staatsministers im Auswärtigen Amt ist Karsten Voigt (SPD). Nach dem Willen des designierten Kommissionspräsidenten Romano Prodi soll keiner der alten Kommissare ins Amt zurückkehren; die großen EU-Staaten sollen bei der Nominierung auch die Opposition berücksichtigen. Ob die Grünen zugunsten von CDU/CSU verzichteten, obwohl ihnen laut Koalitionsvertrag ein Kommissar zusteht, wollen sie nach ihrem Parteitag am 13. Mai entscheiden; ersatzweise könnten sie ein viertes Ministerium beanspruchen.